

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Rechts- und Verfassungsfragen

Hannover, den 18.06.2014

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrags über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/1466

Berichtersteller: Abg. Ulf Prange (SPD)
(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Stefan Politze
Vorsitzender